

# Maximilian Krahs „Manifest“ oder die Wiedergeburt der alldrutschen Ideologie

Maximilian Krahs „Manifest“<sup>1</sup> reiht sich nahtlos ein in die Reihe deutschen völkischen Denkens des 19. und 20. Jahrhunderts. Deshalb greift Jutta Käblers Bemühen einer Kritik des „Manifests“ in den Lübeckischen Blättern<sup>2</sup> zu kurz: Nein, „er will (k)ein neues rechtes Menschenbild, eine eigene Anthropologie durchsetzen“. Krahs versucht vielmehr, das alldrutsche Menschenbild, das in die Weltkriege und in den Judenmord führte, wieder zu beleben.

Krahs „Menschenbild“ wurzelt in einer gut bürgerlichen Oberschicht der 1970er Jahre in der Oberlausitz und in Dresden, wie sie Uwe Tellkamp im „Turm“<sup>3</sup> beschreibt. Für diese war immer „alles Paletti“. Keine Probleme mit der Naziwelt der Eltern und Großeltern. Sozialistische Demokratie halt. Befehl und Gehorsam. Dort ist der Bürgersohn Krahs aufgewachsen.

Man denkt automatisch an das unbeschwertere Nachkriegsleben des langjährigen Vorsitzenden des im Deutschen Reich und in der Weimarer Zeit politisch außerordentlich wirksamen präfaschistischen Alldrutschen Verbandes, Heinrich Claß, einer der führenden völkischen Rassisten neben Hugenberg, Peters und den Lübecker Alldrutschen im Umkreis von Emil Possehl. Der Alldrutsche Verband ist im März 1939 von Reinhard Heydrich, dem Chef der Sicherheitspolizei, aufgelöst worden mit dem Bemerkung, er habe sein Programm erfüllt.<sup>4</sup> Heinrich Claß hatte sich nach dem Zweiten Weltkrieg nicht von ungefähr nach Jena zurückgezogen, von den sowjetischen Besatzern unbehelligt.

Oder an die von Rosemarie Will vorzüglich beschriebene Kolonisierung der DDR durch die BRD<sup>5</sup> – von der Kohl-Regierung eiskalt durchgezogen. Keine ernsthafte Widerrede, keine empathische Anerkennung der einzig erfolgreichen Revolutionäre und Revolutionärinnen in der deutschen Geschichte. Keine gesamtdeutsche Volksabstimmung, sondern Beitritt, sonst nichts. Auch kein Hinweis mehr in unserem Grundgesetz: Art 23, der Artikel über den Beitritt wurde 1990 kurzerhand gestrichen. Der Hinweis in Art. 146 GG: Volksabstimmung über eine gesamtdeutsche Verfassung statt Beitritt, aufgehoben und auf den St. Nimmerleinstag verschoben! Nichts erinnert.

Da ist sie deshalb (?) wieder, die überkommene Geisteswelt eines neu erwachenden schrecklichen alldrutschen Menschenbildes: Plato, Aristoteles, Carl Schmitt und Thomas Mann. Auch das noch, Thomas Mann! Ja, wir in Lübeck kennen den Thomas Mann von 1918, das »Bekenntnis eines innerlich zerbrochenen Geistes«, wie Hermann Kurzke entschuldigend schreibt. Der 43-jährige Thomas Mann fand aber mit seinen kruden

Ansichten höchsten Beifall bei den Nationalisten damals und - wie man sieht - auch heute noch.

Nach seiner demokratischen Wende am 5.12.1928 im Interview mit Fritz Solnitz im Lübecker Volksboten<sup>6</sup> und in den frühen 1930er Jahren wandten sich seine bisherigen Gönner und Gönnerinnen im Bürgertum von ihm ab. Wenn er schreibt: »Ich bekenne mich tief überzeugt, daß das deutsche Volk die politische Demokratie niemals wird lieben können, aus dem einfachen Grunde, weil es die Politik selbst nicht lieben kann, und daß der vielverschrieene »Obrigkeitsstaat« die dem deutschen Volke angemessene, zukömmliche und von ihm im Grunde gewollte Staatsform ist und bleibt«,<sup>7</sup> so war und ist das Wasser auf deren Mühlen. Er sprach dem damaligen Bürgertum und der heutigen AfD aus dem Herzen.

Und auch der mehrfache Hinweis des späteren Lübecker Nobelpreisträgers auf Paul de Lagarde in den „Betrachtungen“, den er zu den „Großen des deutschen Volkes“ zählte – er bezeichnet ihn als „Praeceptor Germaniae“ (Lehrmeister Deutschlands) – passt in das rassistische Weltbild der neuen Alldutschen. Der »Lehrmeister« Paul de Lagarde hielt die Juden für »Artfremde«, die keinen Platz in dem geeinten Deutschen Volk hatten. Mit diesem „wuchernden Ungeziefer“ könne es „keinen Kompromiss geben“. „Mit Trichinen und Bazillen wird nicht verhandelt. Trichinen und Bazillen werden auch nicht erzogen. Sie werden so rasch und so gründlich wie möglich vernichtet“. Fritz Stern schreibt dazu: „Nur wenige Menschen haben Hitlers Vernichtungswerk so genau vorhergesagt – und so entschieden im voraus gebilligt“.<sup>8</sup>

Und dann selbstverständlich Carl Schmitt, der „Rechtsgelehrte“, dessen irrlichterndes Geschwurbel in der Weimarer Zeit den Grundgedanken der bürgerlichen Kritik an der verhassten Republik formulierte und heute noch - auch in der Lübecker Gesellschaft - die Köpfe verdreht<sup>9</sup>. 1936 trat er dafür ein, Juden aus den Bibliotheken auszusondern und sie namentlich besonders zu kennzeichnen.<sup>10</sup> Rassistisch in eliminatorischer Absicht ist insbesondere seine Definition des Begriffes „Demokratie“. In der 1923 erstmals erschienen viel gelesenen Schrift: Geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus, schreibt er in der Vorbemerkung auf S. 13,14 : „Jede wirkliche Demokratie beruht darauf, daß nicht nur Gleiches gleich, sondern, mit unvermeidlicher Konsequenz, das Nichtgleiche nicht gleich behandelt wird. Zur Demokratie gehört also notwendig erstens Homogenität und zweitens – nötigenfalls – die Ausscheidung oder Vernichtung des Heterogenen...“

Vielleicht lohnt es sich bei dieser Gelegenheit, wo die Wahlen in Mecklenburg, Sachsen und Thüringen bevorstehen und am 5.November ein autoritärer Verbrecher die »Pax americana« beenden könnte, in Sachen „Berliner Politik auf dem Weg zur alldeutscher Ideologie“ noch ein Stück tiefer zu graben, in die von Maximilian Kraus so geschätzte politische Klassik Griechenlands einerseits und in die heute vorherrschende Berliner Staatlichkeit andererseits:

Vor rund 2.500 Jahren hat Platon (428 -348 v.C.) diejenigen verurteilt, die behaupteten, Politik erschöpfe sich in Worten: nicht die »Verba« seien die Wirklichkeit, hielt er dagegen, sondern ausschließlich die »res«. Auf die tatkräftige Veränderung der Wirklichkeit komme

es an und nicht auf das Gerede darüber. Aufgabe des staatlichen Wächteramtes und der Politik sei die Verhinderung des Bürgerkrieges, d.h. zunächst die gerechte Verteilung des Vermögens.

Denn in der Polis gehe es um die Verhinderung der Ursachen von Krieg: »Jede Stadt, wie klein sie auch sein mag, ist in der Tat in zwei geteilt, die eine ist die Stadt der Armen, die andere die der Reichen; diese liegen miteinander im Krieg.« In der Neuzeit versuchte der US-amerikanische Verfassungsrichter Louis Brandeis (1856 – 1941) diese Erkenntnis erneut folgendermaßen auf die Tagesordnung zu setzen: »We must make our choice. We may have democracy, or we may have wealth concentrated in the hands of a few, but we can't have both.« Thomas Piketty brachte eben diesen Zusammenhang von Staat, Politik, Kapital und Gesellschaft 2021 nochmals auf den Punkt.<sup>11</sup>

Diese offensichtliche Lebenswirklichkeit (res) von aus gesellschaftlicher Spaltung immer wieder erwachsendem Krieg ist aus den Hirnen der heutigen Berufspolitiker und Politikerinnen leider verschwunden. Stattdessen regiert der bare Irrsinn des Wortes. Die politische Elite, der das Wort wichtiger ist als die Tat, wird über diesen Holzweg - ob sie es nun will oder nicht - zum Diener der Verwertungsbedingungen des Kapitals.

Da aussen- und innenpolitisch die großen Aufgaben von Krieg und Frieden nicht bewältigt werden, flüchten sie in eine »Wirklichkeit der Worte«: So Robert Habeck: »In der Politik ist Sprache das eigentliche Handeln. Ganz buchstäblich. Indem Eide geschworen oder Verfassungen und Gesetze beschlossen werden, tritt eine neue Wirklichkeit in Kraft«<sup>12</sup> . Oder Maximilian Krah: » Denn die Sprache ist das Mittel der Politik«.<sup>13</sup>

Weder wird unser in 16 Bundesländer verzetteltes Land zur Handlungsfähigkeit reorganisiert, noch gelingt die soziale Transformation der Karbonwirtschaft, obgleich nur rund 10 Jahre vor Erreichen der Kippunkte verbleiben. Von dem Beenden der gegenwärtigen mörderischen Kriege und der dafür vorgesehenen, aber gelähmten UN ganz zu schweigen.

Wer sich näher informieren will, greife zu dem Aufsatz des in Lübeck 1920 geborenen und 1996 in Altenberge im Grünen Weg 30 verstorbenen großartigen Literaten und Philosophen Hans Blumenberg, Wirklichkeit und Staatstheorie (1968).<sup>14</sup>

Michael Bouteiller  
19.Juni 2024

- <sup>1</sup> Maximilian Kraus, Politik von rechts. Ein Manifest, Antaios Verlag 2024
- <sup>2</sup> 2024/10, S. 161
- <sup>3</sup> Der Turm: Geschichte aus einem versunkenen Land, Frankfurt a.M.2008
- <sup>4</sup> Gerd Fesser, Die Mutterlauge der Nazis, Zeit online vom 8.Juli 1994, <https://www.zeit.de/1994/28/die-mutterlauge-der-nazis>
- <sup>5</sup> Rosemarie Will, Die Deutsche Wiedervereinigung als Kolonisierungsakt?, in Philipp Dann, Isabel Feichtner und Jochen von Bernstorff, (Post)Koloniale Rechtswissenschaft. Tübingen 2022, S.581
- <sup>6</sup> Fritz Solmitz Interview vom 4.12.1928 im Lübecker Volksboten vom 5.12.1928,: „...Und die Zukunft des geistigen Deutschland sieht er in der Verbindung sozialistischen Geistes mit den Schätzen deutsch-bürgerlicher Kultur: Die Synthese von Hölderlin und Marx.“, schreibt Solmitz; <https://michaelbouteiller.de/wp-content/uploads/2022/06/LBV-5.12.28-Mann-Solmitz.jpg>
- <sup>7</sup> Betrachtungen, S.26
- <sup>8</sup> Fritz Stern, Kulturpessimismus als politische Gefahr(1963), 2.Auflage, Stuttgart 2018, S.102
- <sup>9</sup> Michael Bouteiller, Lübeckische Blätter 2022/21, S.384
- <sup>10</sup> »Die deutsche Rechtswissenschaft im Kampf gegen den jüdischen Geist«, in: Deutsche Juristen-Zeitung 41 (1936), Heft 20, Spalte 1193-1199)
- <sup>11</sup> <https://michaelbouteiller.de/afd-verhindern-umverteilung-jetzt-erster-schritt-vermoegenssteuer/>
- <sup>12</sup> Robert Habeck, Wer wir sein könnten. Warum unsere Demokratie eine offene und vielfältige Sprache braucht, e-book, Köln 2018, S. 17
- <sup>13</sup> Manifest, S.11
- <sup>14</sup> Schweizer Monatshefte: Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur, Band (Jahr): 48 (1968-1969), Heft 2 ( <https://michaelbouteiller.de/hans-blumenberg-...aatstheorie-1968/>).